

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 88846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Hans-Jochen Vogel
MdB würdigt Philipp
Scheidemann anlässlich
dessen 125. Geburts-
tag: Ein Politiker des
Umbruchs und der so-
zialen Reformen.

Seite 1

Lothar Fischer MdB kri-
tisiert den Forschungs-
haushalt '91: Dokument
der Konzeptionslosig-
keit.

Seite 2

Waltraud Steinhauer
MdB fordert die Bun-
desregierung zum
schnellen Handeln auf:
Endlich gleiche Kündi-
gungsfristen für Arbei-
ter und Angestellte.

Seite 4

45. Jahrgang / 139

24. Juli 1990

Ein Politiker des Umbruchs und der sozialen Reformen Zum 125. Geburtstag von Philipp Scheidemann

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Philipp Scheidemann wurde am 26. Juli 1865 in Kassel geboren und starb am 28. oder 29. November 1939 - das genaue Datum ist umstritten - im Exil in Kopenhagen. Sein Lebensweg ist typisch für die Sozialdemokratie der Zeit nach der Reichsgründung. Nachdem die Familie durch den frühen Tod des Vaters in materielle Bedrängnis geraten war, mußte der begabte Schüler die Schule verlassen und begann eine Buchdruckerlehre. 1883 trat er in die Sozialdemokratische Partei ein. 1895 gab er den Beruf auf und wurde Agitator der Arbeiterbewegung. Er wurde Bezirksvorsitzender des Verbandes der Buchdrucker, schrieb Artikel für sozialdemokratische Zeitungen, wurde schließlich selbst Redakteur. Von 1903 bis 1933 war er Abgeordneter des Deutschen Reichstages.

Scheidemann verkörperte den in der harten Praxis der Tagespolitik geschulten Politiker. In wenigen Jahren stieg er in die Parteiführung auf. Noch vor dem Ersten Weltkrieg übernahm er den Vorsitz in der Reichstagsfraktion. Sein Metier war der Ausbau der Parteiorganisation und die Formulierung ihrer Politik in der Abfolge krisenhafter Zeitereignisse. Die sozialen und politischen Verhältnisse wollte er Schritt für Schritt im Rahmen der bestehenden Ordnung bessern. Theoretische Konzepte für den sozialistischen Zukunftsstaat überließ er anderen.

1918 trat er als Staatssekretär in das letzte kaiserliche Kabinett unter Reichskanzler Prinz Max von Baden ein und wurde anschließend in der Republik, die er von einem Fenster des Reichstages aus am 9. November ausgerufen hatte, am darauffolgenden Tag Mitglied des Rates der Volksbeauftragten. Im Februar 1919 übernahm er das Amt des Reichsministerpräsidenten und war damit der Chef des ersten, auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage gewählten Reichskabinetts.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
53000 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,60
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Freudenberg-Druckerei
mit modernster Bahuvoll-
Kunststoff-Druckerei



Scheidemann kam aus der Tradition der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit. Die vertraute, anknüpfend an die Tradition der Aufklärung, auf die Kraft der von äußeren Zwängen befreiten menschlichen Vernunft und auf die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte ebenso wie auf die befreiende Wirkung von Naturwissenschaft und Naturforschung. Sie verstand sich als die soziale Kraft, die dazu berufen war, die Verheißungen des Zeitalters der Aufklärung für alle Menschen, nicht nur für eine auserwählte Minderheit, zu erfüllen. Er war nach dem Tod des jahrzehntelangen Parteiführers August Bebel der glänzendste Redner und - neben Friedrich Ebert - der populärste Führer der Sozialdemokratie. Von Glaubenssätzen und ideologischer Orthodoxie hielt er wenig. So war es nicht überraschend, daß Scheidemann bei der Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung im Ersten Weltkrieg einer der Führer der Mehrheitssozialdemokratie blieb. Die von ihm vertretene Politik des "Burgfriedens" gründete sich auf die Hoffnung, daß der Krieg die große innenpolitische Wende bringen werde. Die Sozialdemokraten wollten zeigen, daß sie nicht die "Vaterlandslosen Gesellen" waren, wie ihre Gegner behaupteten. Und sie hofften, daß aufgrund ihrer Haltung während des Krieges es hinterher leichter sein werde, die politische Gleichberechtigung und die Sozialreform-Forderungen durchzusetzen. Die Burgfriedenspolitik galt natürlich nur für einen Verteidigungskrieg. Und so ist Scheidemann seither immer wieder der Vorwurf gemacht worden, daß er die Fraktion nicht zum entschiedenen Widerstand aufrief, als der Krieg den Charakter eines Eroberungskrieges annahm. Und doch war es Scheidemann, der schon 1915 die Lösung "Für einen Frieden der Verständigung" ausgab. Es war dieses Programm der internationalen Versöhnung und die Rolle, die Scheidemann bei der Friedensresolution des Reichstags 1917 spielte, die ihm den Haß der Nationalisten in Deutschland eintrug, und die ihn 1922 auch zum Ziel eines Attentats zweier verblendeter Fanatiker werden ließ, das er glücklicherweise überlebte.

Weil sich die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung trotz Scheidemanns entschiedener Ablehnung dazu entschloß, den Versailler Friedens-Vertrag unterzeichnen zu lassen, legte er am 20. Juni 1919 die Regierungsgeschäfte nieder und übernahm das Amt des Kasseler Oberbürgermeisters. Sicherlich, das war ein Rückzug. Aber Scheidemann hat die konkrete Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung als Chance begriffen. Als er nach sechs Jahren aus dem Amt schied, war Kassel eine Stadt mit vorbildlichen Fürsorgeeinrichtungen geworden.

Philipp Scheidemann war auf seinem Weg in die Sozialdemokratie und in den Reichstag typisch für die Arbeiterfunktionäre aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. In der Art, wie sein politisches Wollen zerrieben und sein demokratisches und soziales Engagement verletzert wurde, symbolisiert er bis heute den Weg der Weimarer Republik zu ihrem Scheitern. Sein Schicksal nach 1933 ist bitteres Symbol für das Schicksal des anderen Deutschland in dieser Zeit. Er suchte Schutz in Salzburg, dann bei Parteifreunden in Karlsbad und Prag. Völlig mittellos blieb er auf Zuwendungen angewiesen. Schließlich fand Scheidemann Zuflucht in Kopenhagen. Die Unterstützung aus einem dänischen Fonds für Emigranten sicherten ihm wenigstens die nackte Existenz. Der inzwischen 70jährige lernte die dänische Sprache, wurde Mitglied des Journalistenverbandes, publizierte in der dänischen Arbeiterpresse.

Bei allen Grenzen, die diesem Mann gesetzt waren in einer Zeit extremer Umbrüche: Die SPD kann stolz sein auf diesen Demokraten, der sich der sozialen Integration verschrieben hatte.

(-/24.7.1990/vo-he/jr)

Dokument der Konzeptionslosigkeit
Der Forschungshaushalt '91 setzt keine neuen Prioritäten

Von Lothar Fischer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Forschungsausschuß des Deutschen Bundestages

Von einem Haushaltsentwurf erwartet man, daß er erkennbare Schwerpunkte einer zukünftigen Forschungspolitik setzt, den finanziellen Rahmen absteckt, aufforschungs- und weltpolitische Veränderungen regiert und Fehlentwicklungen korrigiert.

Durch die wiederholt negativen Erfahrungen in der Vergangenheit waren die Bedenken gegenüber dem Haushaltsentwurf 1991 weit verbreitet.

Die Skeptiker aus Forschung, Wirtschaft und Politik haben leider recht behalten, denn zum wiederholten Male ist es dem Bundesforschungsminister nicht gelungen, einen Forschungshaushalt zu präsentieren, der für wichtige forschungspolitische Bereiche eine deutliche Steigerung aufweist beziehungsweise Kürzungen bei forschungspolitisch und wirtschaftspolitisch unsinnigen Projekten vornimmt, die bisherigen inhaltlichen

Schwächen des Forschungsbudgets vermeldet und endlich in überzeugender Form auf Veränderungen reagiert.

Nach Ansicht vieler Experten sind die Ausgaben für den Bereich Wehrtechnik nach wie vor skandalös hoch und zugleich deutlich weniger Geld wert als der Bundesregierung die Umwelt- und Klimaforschung. Schon im laufenden Haushaltsjahr sind die Ausgaben für den Bereich Wehrtechnik mit 3,4 Milliarden DM der mit weitem Abstand höchste Posten im BMFT-Budget. Hier wurde anscheinend im BMFT unter der Devise Politik gemacht: Alle sprechen von Abrüstung - nur wir nicht.

Kritisiert wird der Bundesforschungsminister auch von den eigenen Parteifreunden im Hinblick auf das Zusammenwachsen der beiden deutschen Forschungslandschaften. Bisher liegt immer noch kein tragfähiges Konzept vor, obwohl auch in Bonn bekannt ist, daß nach verschiedenen Studien bis zu 100.000 Wissenschaftler in der DDR von der Arbeitslosigkeit bedroht sind und obwohl man weiß, daß viele dieser Wissenschaftler unter erschwerten Forschungsbedingungen eine gute wissenschaftliche Arbeit geleistet haben. Die Hoffnung des DDR-Ministers für Forschung und Technologie, Professor Dr. Frank Terpe - "...beim Gespräch mit Herrn Riesenhuber waren wir uns einig, daß es zu keiner Ausdünnung der Forschungslandschaft in der DDR kommen darf. Dafür will sich auch die Bundesregierung einsetzen. Ich denke, wir haben allen Grund, an die Fairneß unserer BRD-Partner zu glauben" - könnte sich bei den Vorgaben des Haushaltsplans sehr schnell als trügerisch erweisen.

Die der DDR-Landwirtschaft zugestandene Zweijahresschutzfrist ist zum Beispiel schon nach nur zwei Wochen weitgehend Makulatur.

Während für die unter allen Parteien unumstritten wichtige Reorganisation der DDR-Forschungslandschaft lediglich lächerliche 80 Millionen aufgewendet werden sollen, steigt der Raumfahrtetat weiter an.

Den größten Anteil am Forschungshaushalt, der sich auf 8,1819 Milliarden DM beläuft, nimmt wie in den vergangenen Jahren die Raumfahrt ein. Unter Einschluß der Förderung für die Hyperschalltechnologie und den Umweltsatelliten Atmos beläuft sich der Raumfahrt-Anteil am Budget des Bundesforschungsministers auf besorgniserregende 20 Prozent und das mit noch steigender Tendenz. Trotz vielfältiger Bedenken und Warnungen aus Forschung und Wirtschaft war der Forschungsminister nicht bereit seine Raumfahrtpolitik zu ändern. Die Kritik an den Raumfahrt-Großprojekten ARIANE V, COLUMBUS und HERMES wächst. Besonders die in der Fachwelt belächelten "Schrumplprojekte" HERMES und COLUMBUS werden immer kleiner und dabei erstaunlicherweise gleichzeitig immer teurer. Bei HERMES weiß inzwischen niemand, wie der Raumgleiter letztlich aussieht. Die Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten (DARA) spricht daher auch von einem instabilen Konzept. Bei COLUMBUS kann man den Kostenrahmen überhaupt noch nicht absehen. Die von MBB-Ernst in Bremen entwickelten Pläne zu COLUMBUS sind bei der ESA auf Ablehnung gestoßen. Kritisiert wurde dabei nicht nur die "mangelhafte Qualität" der Pläne, sondern auch die "unübersichtliche Managementstruktur" und die "völlig unakzeptable Kostenstruktur". Nachdem jetzt der US-Kongreß mit Kürzungen gedroht hat, wird die Raumstation zumindest in der bisherigen Konzeption nicht weiterbestehen.

Selbst die bisher erfolgreichen ARIANE-Trägerraketen sind durch die neue weltpolitische Lage und die damit zunehmende Konkurrenz durch die USA, UdSSR, China und Japan wirtschaftlich bedroht. Jetzt wollen selbst die Amerikaner ihre Satelliten aus Kostengründen mit sowjetischen Trägerraketen ins All schießen. Die für die ARIANE-Starts verantwortliche Firma ARIANESPACE fürchtet zu Recht, daß sie in Zukunft nicht mehr die erforderliche wirtschaftliche Produktions- und Startkadenz beibehalten kann.

Die Entscheidungen über die Zukunft des europäischen Raumgleiters HERMES und der Raumstation COLUMBUS werden im Juni 1991 fallen.

Während jetzt viele der an diesen Weltraumprojekten beteiligten Länder abwarten, welches Land aufgrund des Preis-Leistungs-Verhältnis als erstes die Notbremse zieht, steigen unter Minister Riesenhuber die Raumfahrttausgaben um satte 10,4 Prozent an.

Auch die mit viel Vorschußlorbeeren bedachte DARA gerät jetzt wieder in die Kritik. Vom Bundesrechnungshof wurde erst in diesen Tagen ein vernichtende Urteil über die Personalkosten gefällt. Laut Rechnungshof werden die Verwaltungskosten der DARA "zunächst stärker ansteigen als die (von ihr) zu betreuenden Mittel für nationale Raumfahrtprojekte". Auch das Gerangel um die Zuständigkeitsverteilung unter den Bonner Ministerien hält weiter an, denn sie weigern sich irgendwelche Kompetenzen an die DARA abzugeben.

Zu den umstrittenen Raumfahrtprojekten gehört ebenso der geplante zweistufige, wiederverwendbare Raumtransporter SÄNGER. So interessant auf den ersten Blick auch dieses Projekt zur Hyperschalltechnologie erscheint, es wäre das erste, größere Raumfahrtprojekt unter deutscher Systemführerschaft, so bleiben doch noch viele wichtige Fragen offen. Geklärt sind weder die möglichen Kosten (zur Zeit werden sie auf circa 40 Milliarden DM geschätzt), noch die ökologischen Risiken (Schädigung der Ozonschicht, Lärmentwicklung) und die technologischen Herausforderungen (Entwicklung neuer Triebwerke und Werkstoffe).

Im Gegensatz zu HERMES und COLUMBUS steht allerdings vor der Realisierung von SÄNGER eine umfangreiche Technikfolgenabschätzung.

Fazit: Der BMI-Haushaltsentwurf 1991 steigt nur mäßig an, setzt falsche Prioritäten und verzichtet durch die Weltraumlastigkeit des Etats und durch Projekte mit kaum erkennbaren Nutzen auf die Gestaltung einer zukunftsorientierten Forschungspolitik.

Die Probleme bei der Zusammenführung der beiden deutschen Forschungslandschaften werden im Entwurf kaum beachtet. Andere wichtige Forschungsbereiche wie zum Beispiel die Vorsorgeforschung, die Informationstechnologie und die Fertigungstechnik werden ungenügend berücksichtigt beziehungsweise wie die Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen stark zurückgefahren.

Selbst den Forschungspolitikern der Regierungskoalition sollte es nicht schwer fallen diesen in jeder Beziehung ungenügenden Haushaltsentwurf abzulehnen. Der Forschungsminister muß nachsitzen und seine Hausaufgaben noch einmal machen.

(-/24.7.1990/jr/ks)

Bundesregierung muß schnell handeln **Endlich gleiche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte**

Von Waltraud Steinhauer MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ausdrücklich. Eine unterschiedliche Behandlung von Arbeitern und Angestellten ist anachronistisch. Sie widerspricht auch dem in der Verfassung verankerten Gleichheitsgrundsatz.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion sowohl in der letzten als auch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Vereinheitlichung der Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte im Bundestag eingebracht. Die Regierungskoalition war jedoch uneinsichtig. Bei den parlamentarischen Beratungen stimmte sie noch im Mai gegen eine umfassende Novellierung dieser Bestimmungen. Bei den Verhandlungen zur Sozialunion mit der DDR beharrte die Bundesregierung auch in dieser Woche darauf, auch in Zukunft Arbeiter und Angestellte unterschiedlich zu behandeln. Sie verlangt von der DDR dieses System zu übernehmen, obwohl es dort unbekannt ist. Die Rechnung über dieses unverständliche Verhalten müssen jetzt die Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlen:

In den Betrieben herrscht Rechtsunsicherheit, weil ab sofort die unterschiedlichen Vorschriften nicht mehr angewandt werden dürfen. Hilfe können da auch keine Gerichtsverfahren geben, denn - so das Bundesverfassungsgericht - anhängige Verfahren vor den Gerichten sind auszusetzen, weil der Gesetzgeber tätig werden muß.

Nun kann die Bundesregierung beweisen, daß sie nicht nur dann schnell ist, wenn es um den Abbau von Arbeitnehmerrechten geht, wie etwa beim Paragraphen 116 AFG oder bei dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz, sondern auch dann, wenn es um die Einhaltung von Verfassungsvorschriften geht.

Der Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion liegt im Deutschen Bundestag vor. Er ist dem Ausschuß für Arbeit und Soziales überwiesen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Regierungskoalition auf, diesen Gesetzentwurf sofort nach der Sommerpause zu verabschieden.

(-/24.7.1990/jr/ks)
